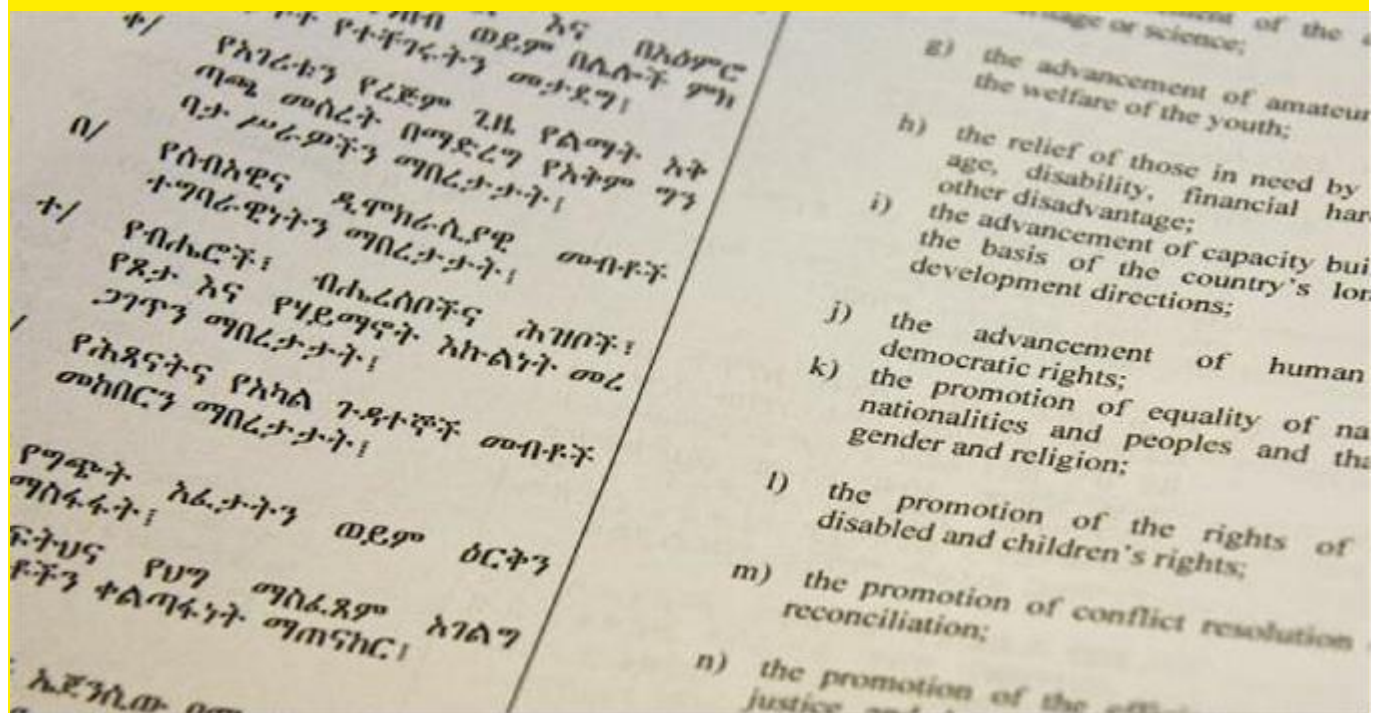


RUNDBRIEF ZU ÄTHIOPIEN UND ERITREA 1/2021 KOORDINATIONSGRUPPE ÄTHIOPIEN/ERITREA 2025



INHALT

EINLEITUNG 3

ÄTHIOPIEN: AMNESTY FORDERT: MENSCHENRECHTE MÜSSEN IN TIGRAY RESPEKTIERT WERDEN (4.11.2020)..... 4

ÄTHIOPIEN: IM BUNDESSTAAT TIGRAY ZAHLREICHE ZIVILISTEN BEI MASSAKERN GETÖTET (12.11.2020)..... 5

ÄTHIOPIEN: ZIVILIST*INNEN MÜSSEN IN DER MEKELLE-OFFENSIVE GESCHÜTZT WERDEN (23.11.2020)..... 6

ÄTHIOPIEN: INTERNATIONALE HUMANITÄRE HILFE MUSS IN TIGRAY-FLÜCHTLINGSLAGERN GESTATTET SEIN (11.12.2020) 7

ÄTHIOPIEN: ZUNAHME VON GEWALT GEGEN ETHNISCHE MINDERHEITEN (23.12.20)..... 8

ÄTHIOPIEN: UN FORDERN SEXUELLE GEWALT IN TIGRAY ZU VERHINDERN UND HUMANITÄRE HILFE ZU UNTERSTÜTZEN (21.1.2021)..... 9

AMNESTY BERICHT: DAS MASSAKER VON AXUM 10

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung mit mehr als 3 Millionen Unterstützern, Mitgliedern und Aktivisten in mehr als 150 Staaten und Territorien, die sich für ein Ende von Menschenrechtsverletzungen einsetzen. Unsere Vision ist, dass jeder Mensch alle seine Rechte, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen Menschenrechtsverträgen verankert sind, genießen kann. Wir sind von jeder Regierung, jeder politischen Ideologie, jedem wirtschaftlichen Interesse oder jeder Religion unabhängig und finanzieren uns hauptsächlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Foto auf der ersten Seite: Ausschnitt der „Charities and Societies Proclamation“, die 2009 in Äthiopien verabschiedet wurde und zu starken Einschränkungen der Menschenrechtsarbeit im Land führte.

Copyright bei Amnesty International



EINLEITUNG

EINLEITUNG

Im letzten Jahr überschlugen und steigerten sich die schlechten Nachrichten aus Äthiopien. Nachdem Ministerpräsident Abiy Ahmed 2019 den Friedensnobelpreis erhielt, weil er mit Eritrea ein Friedensabkommen geschlossen hatte und grundsätzlich auf einvernehmliche Politik innerhalb Äthiopiens hoffen ließ, änderte sich Zug um Zug seine Haltung: Ausgangspunkt für diese Entwicklung sind die von der Regierung wegen der Corona-Pandemie auf einen unbestimmten Termin verschobenen Parlamentswahlen, die eigentlich im August 2020 stattfinden sollten. Das veranlasste die Regionalregierung in Tigray, im September 2020 Regionalwahlen durchzuführen. Im November begann die äthiopische Regierung eine Militäroffensive gegen die Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF), die bis dahin in der Region – und bis zum Amtsantritt Abiy Ahmeds in der Zentralregierung – an der Macht war. Zwar wurde die militärische Auseinandersetzung bald für beendet erklärt, doch die Kämpfe gehen weiter. Es herrschen Gewalt und Unterdrückung in der Region Tigray. Der Konflikt wirkt sich auf die gesamte Region aus: Zehntausende Menschen sind aus Tigray in den Sudan geflohen.¹ Amnesty International fordert den Zugang zur Region für Humanitäre Organisationen zu ermöglichen.

Ein neuer Bericht von Amnesty International belegt, dass eritreische Streitkräfte im November letzten Jahres in der äthiopischen Stadt Axum hunderte unbewaffnete Zivilist*innen getötet haben. Amnesty konnte nachweisen, dass in Tigray eingesetzte eritreische Truppen zwischen dem 19. und 29. November 2020 in Axum eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Recht, darunter die Tötung von Hunderten von Zivilist*innen verübten. Die eritreischen Soldaten erschossen absichtlich Zivilist*innen auf der Straße und führten systematische Hausdurchsuchungen durch, bei denen Männer und Jungen außergerichtlich hingerichtet wurden. Eine Kurzzusammenfassung des Berichts findet ihr am Schluss dieses Rundbriefs.²

Die Situation in Eritrea selbst erweist sich als unverändert. Es gibt kaum neue Nachrichten aus dem Land. Beispielhaft ist hier die Lage Dawit Isaaks, einem Journalisten der seit nunmehr 20 Jahren in eritreischen Gefängnissen weilt, ohne Anklage, ohne Gerichtsverfahren und ohne Kontakt zu seiner Familie, die in

¹ Einen Artikel, der die Zusammenhänge zusammenfasst findet Ihr im aktuellen Amnesty-Journal und unter: <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/aethiopien-abiy-ahmed-tigray-fluechtlinge-sudan>

² Hier der Link zum Bericht: <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/3730/2021/en/>

Schweden lebt.³ Reporter ohne Grenzen hat in Schweden Strafanzeige gegen den eritreischen Präsidenten Isaias Afewerki und andere wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gestellt, die jedoch abgewiesen wurde. So bleibt die Situation eritreischer Gefangener unverändert.⁴

ÄTHIOPIEN: AMNESTY FORDERT: MENSCHENRECHTE MÜSSEN IN TIGRAY RESPEKTIERT WERDEN (4.11.2020)

Am 4. November 2020 gab Premierminister Abiy Ahmed morgens bekannt, dass er den äthiopischen Nationalen Verteidigungskräften (ENDF) befohlen habe, eine Militäroperation in der Region Tigray zu starten. Er beschuldigte die regional regierende Regierung der Tigray People's Liberation Front (TPLF), das Nordkommando der ENDF mit Sitz in der Regionalhauptstadt Mekelle nach Monaten anhaltender Provokationen angegriffen zu haben.

Die Entscheidung des äthiopischen Premierministers Abiy Ahmed, eine Militäroperation gegen die Volksbefreiungsfront von Tigray anzuordnen, signalisiere eine Eskalation der Spannungen zwischen der Bundesregierung und den regionalen Behörden von Tigray, so Deprose Muchena, Direktor von Amnesty International für Ost- und Südafrika. Es drohe eine Abwärtsspirale für die Menschenrechte in Äthiopien, viele Menschen der Zivilbevölkerung seien bedroht.

Amnesty fordert, dass Menschenrechte in der Region Tigray eingehalten und das Leben der Menschen geschützt wird. Außerdem werden die Behörden aufgefordert, die Telefon- und Internetkommunikation in Tigray unverzüglich wiederherzustellen, damit die Menschen im Einklang mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung miteinander kommunizieren und die Menschenrechtssituation dort überwachen können.

Quelle: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/11/ethiopia-authorities-must-ensure-human-rights-are-respected-in-tigray-military-operation/>

³ Einen Podcast zu diesem Fall findet man auf unserer Homepage unter: <https://amnesty-zentral-ostafrika.de/eritrea/einzelfaelle/>

⁴ <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/eritrea/alle-meldungen/meldung/freethemall-dawit-isaak-2-Meldung-vom-27.01.2021-Eritrea/Schweden>

ÄTHIOPIEN: IM BUNDESSTAAT TIGRAY ZAHLREICHE ZIVILISTEN BEI MASSAKERN GETÖTET (12.11.2020)

Am 9. November führten die EDF (Ethiopian Defense Forces) und die Amhara Special Force tagsüber eine Militäroperation gegen die Tigray Special Police und die Miliz in dem Ort Lugdi durch. Nachdem die Tigray-Streitkräfte besiegt worden waren, verbrachte die EDF die Nacht am Rande der Stadt Mai-Kadra. Als sie morgens in die Stadt kamen, sahen sie viele blutgetränkte Leichen auf den Straßen und in den von Saisonarbeitern frequentierten Mietwohnheimen, berichtet ein Zivilist gegenüber Amnesty International. Die wenigen überlebenden Verwundeten sagten, dass sie mit Macheten, Äxten und Messern angegriffen worden sein. Man könne auch an den Wunden der Ermordeten erkennen, dass sie mit scharfen Gegenständen angegriffen wurden.

Amnesty International konnte noch nicht bestätigen, wer für die Morde verantwortlich ist, hat jedoch mit Zeugen gesprochen, denen zufolge die gegenüber der Tigray People's Liberation Front (TPLF) loyalen Kräfte für die Massenmorde verantwortlich seien; sie seien anscheinend begangen worden, nachdem man eine Niederlage gegenüber den Kräften der EDF erlitten hatte. – Drei Personen teilten Amnesty International mit, dass Überlebende des Massakers ihnen mitgeteilt hätten, dass sie von Mitgliedern der Tigray Special Police Force und anderen TPLF-Mitgliedern angegriffen worden seien.

Während die offizielle Zahl der Todesopfer in Mai-Kadra noch nicht bekannt ist, berichtete die Medienagentur AMMA der Regionalregierung von Amhara, dass es rund 500 Opfer gegeben habe, und fügte hinzu, dass es sich hauptsächlich um nicht-tigrayanische Einwohner der Stadt handele.

"Die äthiopischen Behörden müssen diesen offensichtlichen Angriff auf die Zivilbevölkerung unverzüglich, gründlich, unparteiisch und effektiv untersuchen und die Verantwortlichen in fairen Verfahren vor Gericht stellen", kommentierte Deprose Muchena, Direktor von Amnesty International für Ost- und Südafrika.

Quelle: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/11/ethiopia-investigation-reveals-evidence-that-scores-of-civilians-were-killed-in-massacre-in-tigray-state/>

ÄTHIOPIEN: ZIVILIST*INNEN MÜSSEN IN DER MEKELLE-OFFENSIVE GESCHÜTZT WERDEN (23.11.2020)

Im November 2020 droht der Konflikt in der äthiopischen Region Tigray zu eskalieren, nachdem Premierminister Abiy Ahmed den Kämpfern für die TPLF (Tigray People's Liberation Front) 72 Stunden gibt, sich zu ergeben – bevor das Militär Mekelle, die Hauptstadt Tigrays, angreift. In dieser Situation greift Amnesty International ein, und fordert, dass dem Schutz der Zivilbevölkerung Priorität eingeräumt sowie Menschenrechtsbeobachtern und humanitären Organisationen Zugang gewährt werden müsse. Bereits vor diesem Konflikt waren Hunderte von Zivilist*innen getötet und verletzt worden, Tausende in den Sudan geflohen.

Amnesty International erinnert alle Parteien daran, dass das absichtliche Angreifen von Zivilist*innen und zivilen Objekten nach dem humanitären Völkerrecht verboten ist und Kriegsverbrechen darstellt. Alarmierend waren besonders die Worte des Militärsprechers Oberst Dejene Tsegaye, der im staatlichen Fernsehen sagte, man sende diese Nachricht an die Öffentlichkeit in Mekelle, damit diese sich vor Artillerie-Angriffen retten und von der Junta befreien könne. Danach werde es keine Gnade mehr geben.

Deshalb forderte Amnesty International alle Konfliktparteien auf:

- Nicht auf zivile Einrichtungen wie Krankenhäuser, Schulen und religiöse Einrichtungen sowie Wohnviertel abzu zielen.
- Zu vermeiden, militärische Einrichtungen wie Lager in der Nähe oder in zivilen Gebieten zu platzieren, und sicherzustellen, dass sie keine Zivilist*innen als „menschliche Schutzschilde“ verwenden.
- den Einsatz explosiver Waffen mit großflächiger Wirkung - einschließlich Artillerie, Mörsergranaten und ungelenkter Luftbomben - in besiedelten städtischen Gebieten und anderen Konzentrationen von Zivilist*innen zu meiden.
- Gewährleistung eines uneingeschränkten Zugangs für humanitäre Organisationen in ganz Tigray, wo der Zugang zu dringend benötigten Hilfsgütern seit Beginn der Militäroffensive am 4. November behindert wurde.
- Menschenrechtsbeobachter*innen den Zugriff auf Tigray zu gewähren.

- regionale und internationale Akteure um Unterstützung zu bitten, um eine ordnungsgemäße Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht sicherzustellen.
- die Telefon- und Internetkommunikation in Tigray in Bezug auf das Recht auf freie Meinungsäußerung unverzüglich wieder her zu stellen.

Quelle: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/11/ethiopia-protect-civilians-in-mekelle-offensive/>

ÄTHIOPIEN: INTERNATIONALE HUMANITÄRE HILFE MUSS IN TIGRAY-FLÜCHTLINGSLAGERN GESTATTET SEIN (11.12.2020)

Seit Beginn des Konflikts in Nordäthiopien am 4. November wurde der Zugang zur Region durch anhaltende militärischer Maßnahmen, Kommunikationsabschaltungen und der Einstellung von Zivilflügen zu Flughäfen in der Region stark eingeschränkt.

In der Region Tigray leben schätzungsweise 96.000 Flüchtlinge aus Eritrea. Amnesty International hat bestätigt, dass Tausende eritreischer Flüchtlinge aus diesen Lagern geflohen und in der Stadt Gondar (Region Amhara) sowie in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba angekommen sind. Seit Beginn des Konflikts gibt es laut UN 100.000 Binnenvertriebene in der Region sowie 850.000 Menschen, die bereits vor Beginn des Konflikts auf humanitäre Hilfe angewiesen waren. Und in den letzten Wochen sind mehr als 50.000 Menschen aus Tigray in den benachbarten Sudan geflohen. Viele klagen über erlittene Gewalt.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz warnt davor, dass die medizinische Versorgung in Krankenhäusern in der Region nicht mehr zu leisten sein werde und die UN-Menschenrechtskommission fürchtet, dass diese außerordentlich besorgniserregende Situation zu eskalieren drohe. Amnesty International ist außerdem besorgt darüber, dass das Leben von humanitären Helfern in der Region gefährdet ist, denn es wurde bestätigt, dass seit Beginn des Konflikts vier Helfer getötet wurden. Im vergangenen Monat wurden drei Sicherheitskräfte des dänischen Flüchtlingsrates getötet, und ein Mitarbeiter des Internationalen Rettungskomitees starb aus unbekanntem Gründen.

„Der absichtliche Angriff auf diejenigen, die humanitäre Hilfe leisten, kann ein Kriegsverbrechen darstellen. Die äthiopischen Behörden müssen ihren Streitkräften befehlen, nicht mehr humanitäre Helfer – und die Einrichtungen, in denen sie arbeiten – zu behindern, während sie militärische Aktionen in der Region durchführen“, so Deprose Muchena, Regionaldirektor von Amnesty International für Ost- und Südafrika.

Quelle: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/12/ethiopia-international-humanitarian-aid-must-be-allowed-into-tigray-refugee-camps-amid-food-shortage-warning/>

ÄTHIOPIEN: ZUNAHME VON GEWALT GEGEN ETHNISCHE MINDERHEITEN (23.12.20)

Am Morgen des 23. Dezember werden mindestens 100 Menschen durch bewaffnete Angreifer in der Region Benishangul-Gumuz ermordet. Mitglieder der ethnischen Gumuz-Gemeinde griffen Häuser von Menschen aus den Gemeinden Amhara, Oromo und Shinasha an. Die Täter zündeten ihre Häuser an und erstachen und erschossen Menschen. Zwar ist Amnesty International noch nicht in der Lage, die Identität der Täter zu überprüfen, doch scheint dieser Angriff das jüngste Ziel von Menschen ethnischer Minderheiten in der Region zu sein, in der es seit September 2020 wiederholt gewalttätige Angriffe gegen die ethnischen Amhara, Shinasha, Oromo und Agew gab. Dieser letzte Angriff erfolgte innerhalb von weniger als 24 Stunden, nachdem der äthiopische Premierminister über Sicherheits- und Versöhnungsbemühungen in Benishangul gesprochen hatte. Gewalt gegen ethnische Minderheiten in der Region wird von Mitgliedern der ethnischen Gumuz-Gemeinschaft ausgeübt, die diese Minderheiten als „Siedler“ wahrnehmen.

Bereits seit geraumer Zeit würden Angehörige ethnischer Minderheiten gezielt angegriffen, so Deprose Muchena, Regionaldirektor von Amnesty International für Ost- und Südafrika, nach einem Angriff am späten 1. November von mutmaßlichen Mitgliedern der bewaffneten Gruppe der Oromo Liberation Army (OLA), bei dem mindestens 54 Menschen der Amhara-Ethnie getötet wurden. Amnesty International sprach mit einigen Überlebenden des abscheulichen Angriffs, die sich in einem nahe gelegenen Wald versteckt hatten. Sie sagten, die Angreifer hätten sich selbst als OLA bezeichnet und das Gebiet "kontrolliert", sobald die Regierungstruppen am 31. Oktober abgereist seien. Sie hätten auf einem Schulgelände Menschen versammelt, die nicht fliehen konnten, hauptsächlich Frauen, Kinder und ältere Menschen, und sie getötet.

Deprose Muchena: "Die äthiopische Regierung muss ihre Bemühungen verstärken, bewaffnete Angriffe auf Minderheitengruppen zu beenden, ihr Leben zu schützen und die Zerstörung von Häusern im ganzen Land zu stoppen".

Quellen: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/12/ethiopia-at-least-100-dead-surge-of-violence-against-ethnic-minorities/>
<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/11/ethiopia-over-50-ethnic-amhara-killed-in-attack-on-village-by-armed-group/>

ÄTHIOPIEN: UN FORDERN SEXUELLE GEWALT IN TIGRAY ZU VERHINDERN UND HUMANITÄRE HILFE ZU UNTERSTÜTZEN (21.1.2021)

Die Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten, Frau Pramila Patten, fordert alle Parteien nachdrücklich auf, die Anwendung sexueller Gewalt zu verbieten und die Feindseligkeiten in der Region Tigray in Äthiopien einzustellen.

Die prekäre Situation von Zivilisten, insbesondere von Flüchtlingen, werde zur Kenntnis genommen, doch bleibe es entscheidend, dass humanitären Akteuren und unabhängigen Menschenrechtsbeobachtern sofortiger, bedingungsloser und nachhaltiger Zugang zu der Region Tigray gewährt werden müsse. Medizinische und psychosoziale Hilfe muss von Schutzmaßnahmen begleitet werden, um sicherzustellen, dass diejenigen, die aufgrund von Gewalt aus ihren Häusern vertrieben wurden, in den Lagern keinem weiteren Risiko sexueller Gewalt ausgesetzt sind.

Dies schließt die mehr als 5.000 eritreischen Flüchtlinge in und um Shire ein, die unter schwierigen Bedingungen leben. Berichten zufolge schlafen viele von ihnen auf offenem Feld ohne Wasser oder Nahrung, ebenso wie die mehr als 59.000 Äthiopier, die aus dem Land in den benachbarten Sudan geflohen sind. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sind mehr als 25 Prozent dieser Flüchtlinge Frauen und Mädchen im gebärfähigen Alter. Es gibt auch beunruhigende Berichte über Personen, die angeblich gezwungen sind, Mitglieder ihrer eigenen Familie unter Androhung von Gewalt zu vergewaltigen. Einige Frauen wurden Berichten zufolge auch von Militärangehörigen zu Sex im Austausch gegen Grundnahrungsmittel gezwungen. In medizinischen Zentren stieg gleichzeitig die Nachfrage nach Notfallverhütung und Tests auf sexuell übertragbare Infektionen (STIs), was häufig ein Indikator für sexuelle Gewalt ist. Darüber hinaus gibt es in einer Reihe von Flüchtlingslagern zunehmend Berichte über sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Der eingeschränkte humanitäre Zugang und die begrenzten Ressourcen für Dienstleister haben die Verfügbarkeit einer grundlegenden Gesundheitsversorgung und Unterstützung für Überlebende nach sexueller Gewalt, einschließlich sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung, verringert. Der Zugang zu lebensrettender Hilfe wie Kits nach Vergewaltigung, Behandlung zur Verhinderung der Übertragung von HIV und STI sowie psychosoziale Unterstützung ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung. Dementsprechend sind verstärkte Finanzierung und Unterstützung dringend erforderlich, um wesentliche Dienstleistungen besser bereitstellen und erfüllen zu können.

„Ich fordere alle an den Feindseligkeiten in der Region Tigray beteiligten Parteien auf, sich zu einer Null-Toleranz-Politik für Verbrechen sexueller Gewalt zu verpflichten, die ihren jeweiligen Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht und dem Menschenrechtsgesetz entspricht. Während ich die kürzlich von der äthiopischen Menschenrechtskommission (EHRC) in West-Tigray und der Region Amhara durchgeführten Überwachungs- und Ermittlungsmissionen zur Kenntnis nehme, fordere ich die äthiopische Regierung auf, ihre Sorgfaltspflichten zum Schutz aller Zivilisten vor sexuellen und anderen Gewalttaten weiterhin wahrzunehmen, unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft. Den durch Konflikte Vertriebenen muss umgehend eine unabhängige Untersuchung aller Vorwürfe sexueller und anderer Formen von Gewalt ermöglicht werden, um die Fakten zu ermitteln und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, den Opfern Wiedergutmachung zu leisten und weitere schwerwiegende Verstöße zu verhindern“, so Pramila Patten.

Quelle: <https://www.un.org/sexualviolenceinconflict/press-release/united-nations-special-representative-of-the-secretary-general-on-sexual-violence-in-conflict-ms-pramila-patten-urges-all-parties-to-prohibit-the-use-of-sexual-violence-and-cease-hostilities-in-the/>
<https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/aethiopien-tigray-eu-103.html>

AMNESTY BERICHT: DAS MASSAKER VON AXUM

Zwischen dem 19. und 29. November 2020 verübten eritreische Truppen eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen in der äthiopischen Stadt Axum, Tigray. Zu diesen Verstößen gegen das humanitäre Recht gehörte die Tötung von Hunderten von Zivilist*innen. Innerhalb von 24 Stunden vom 28. auf den 29. November erschossen eritreische Soldaten absichtlich Zivilist*innen auf offener Straße und führten systematische Haus-zu-Haus-Durchsuchungen durch, bei denen Männer und Jungen außergerichtlich hingerichtet wurden. Dieses Massaker

wurde durchgeführt als Vergeltung für einen früheren Angriff, bei dem eine kleine Anzahl lokaler Milizsoldaten und Anwohner mit Stöcken und Steinen angegriffen hatten.

Unmittelbar nach dem Massaker schossen eritreische Truppen ebenso auf diejenigen, die Leichen von den Straßen entfernen wollten. Erst später wurde den Bewohnern erlaubt, die Leichen zu bestatten. Männer aus der Gemeinde leiteten die kollektiven Bemühungen und zogen Karren mit Leichen von Verwandten, Freunden, Nachbarn und Fremden, die sie zur Beerdigung in den Kirchen der ganzen Stadt brachten. Viele wurden in Massengräbern beigesetzt.

Das Massaker war der Höhepunkt einer Welle von gewaltsamen Verstößen, die seit dem 19. November nach Einmarsch von eritreischen und äthiopischen Streitkräften stattfanden. Wahlloser Beschuss der Stadt und besonders jener, die fliehen wollten; außergerichtliche Hinrichtungen ebenso wie weit verbreitete Plünderungen folgten, so berichteten einige Zeugen. Nach dem Massaker nahmen eritreische Truppen ebenso Hunderte von Einwohnern fest und drohten im Falle eines neuen Widerstands mit erneuten Morden. Plünderungen durch eritreische Soldaten eskalierten, und Unsicherheit und Hunger führten dazu, dass viele Bewohner flohen.

Die Ereignisse in Axum, der Hauptstadt des Regionalstaates Tigray - ereigneten sich während des anhaltenden bewaffneten Konflikts zwischen der äthiopischen Bundesregierung und der Tigray People's Liberation Front (TPLF). 2018 verlor die zuvor regierende Partei Äthiopiens ihre dominierende politische Position. Sie regierte allerdings weiterhin in der Tigray-Region unter der föderalen Struktur Äthiopiens bis zum Ausbruch des Krieges im November 2020.

Am 4. November 2020 gab Premierminister Abiy Ahmed im nationalen Fernsehen bekannt, dass er den äthiopischen Nationalen Verteidigungskräften (ENDF) - dem äthiopischen Militär - befohlen habe, gegen die paramilitärische Polizei und Miliz in Tigray zu kämpfen, da die der TPLF treu ergeben sind. Er erläuterte, dass die Tigray-Sicherheitskräfte die ENDF in Mekelle angegriffen hätten.

Die äthiopischen und eritreischen Behörden legten widersprüchliche Aussagen zur Beteiligung eritreischer Truppen am Tigray-Konflikt dar, wobei einige hochrangige Beamte ihre Anwesenheit bestritten, andere dies jedoch anerkannten.

Amnesty International dokumentiert in dem Bericht über das Massaker von Axum, wie das eritreische Militär für schwere Verstöße gegen tigrayanische Zivilisten in Axum verantwortlich ist. Amnesty kommt ebenfalls zum Schluss, dass der wahllose Beschuss von Axum durch äthiopische und eritreische Truppen als Kriegsverbrechen anerkannt werden muss und dass die Massenexekution von Axum-Zivilisten eine schwere Menschenrechtsverletzung darstellt. Amnesty International fordert eine internationale Untersuchung der Ereignisse in Axum und von der äthiopischen Regierung uneingeschränkten und ungehinderten Zugang zu Tigray für humanitäre Organisationen, Menschenrechtsorganisationen und Medienorganisationen zu gewähren.

Dieser Bericht basiert auf elf Tage langer Recherchearbeit von Amnesty International im Januar 2021, unter anderem ausgeführt im Flüchtlingsaufnahmезentrum in Hamdayet im Ostsudan sowie auf zahlreichen Telefoninterviews mit Zeugen in Axum. Insgesamt befragte Amnesty International 41 Zeug*innen und Überlebende des Massakers, alle ethnische Tigrayaner sowie 20 weitere Zeug*innen mit situationsrelevanten Kenntnissen. Angesichts der Sicherheitsbedenken der Befragten wurden alle Namen anonymisiert.

Am 18. Februar teilte Amnesty International diese Forschungsergebnisse dem Botschafter Redwan Hussein, Äthiopiens Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten und Sprecher der Notfall-Taskforce im Außenministerium mit, hatte jedoch zum Zeitpunkt des Schreibens noch keine Antwort erhalten.

[Hier geht es zum vollständigen Bericht.](#)

Liebe Leser*innen,

Menschenrechtsarbeit kostet Geld. Daher würden wir uns über eine Spende auf das Spendenkonto 80 90 100 bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln 370 205 00 unter Angabe des Verwendungszwecks:

„2025“ und Ihres Namens oder Ihrer Mitgliedsnummer freuen. Vielen Dank!

IMPRESSUM:

Amnesty International

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

Koordinationsgruppe Äthiopien/Eritrea

Email: aethiopien@amnesty-stuttgart.de

Internet: www.amnesty-aethiopien.de

V.i.S.d.P.: Clara Braungart, Köln

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HAFTUNGSAUSCHLUSS:

Lediglich die mit Amnesty International gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Organisation wieder. Verknüpfungen zu Webseiten Dritten („externe Links“) wurden mit größtmöglicher Sorgfalt ausgewählt. Der Anbieter hat keinerlei Einfluss auf die aktuelle und zukünftige Gestaltung und den Inhalt der verknüpften Webseiten. Eine ständige Überprüfung externer Links ist dem Anbieter ohne konkrete Hinweise nicht zumutbar. Bei Kenntnis über etwaige Rechtsverstöße werden derartige externe Links unverzüglich entfernt.